Stand: 17.12.2025 04:33:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3948

"Grüne und Linksextremisten zerstören das Bezahlkarten-System - „Brot, Bett und Seife“ statt Bargeld!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3948 vom 12.11.2024
2. Beschluss des Plenums 19/3984 vom 13.11.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 13.11.2024

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 12.11.2024 **Drucksache** 19/**3948**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw, Rene Dierkes, Florian Köhler, Ramona Storm** und **Fraktion (AfD)**

Grüne und Linksextremisten zerstören das Bezahlkarten-System – „Brot, Bett und Seife“ statt Bargeld!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

– dafür Sorge zu tragen, dass statt der Ausgabe von Bezahlkarten an Asylbewerber grundsätzlich auf Sachleistungen zurückgegriffen wird. Ziel ist es, den Missbrauch der Bezahlkarte und damit verbundene Umgehungsstrategien zu vermeiden. Die Ausgabe von Sachleistungen soll sicherstellen, dass staatliche Unterstützung gezielt für den täglichen Bedarf eingesetzt wird und der Zugang zu Bargeld auf ein Minimum beschränkt bleibt.

– sich bis zur Einführung der Sachleistungen auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das bandenmäßige Tauschen von Bezahlkarten gegen Bargeld durch linksextreme Gruppen, die Grünen in Regensburg und die Münchner Initiative „Offen!“, bundesweit als Straftat verfolgt wird.

– sich bis zur Einführung der Sachleistungen dafür einzusetzen, dass der Missbrauch von Bezahlkarten zur Umgehung von Bargeldbeschränkungen durch den Kauf von Gutscheinen bei verschiedenen Einzelhändlern unterbunden wird.

Begründung:

Der Missbrauch der Bezahlkarten und die Umgehung der Bargeldbeschränkungen erfolgen tausendfach. Jüngste Berichte und Interviews zeigen, wie Asylbewerber durch Gutscheinkäufe bei Einzelhändlern und den anschließenden Tausch der Gutscheine gegen Bargeld an Tauschstellen faktisch und systematisch das Bargeldlimit umgehen. Die Aktion „solidarischer Kartentausch“, unterstützt von verschiedenen weiteren linksextremen Initiativen, zeigt, dass die Bezahlkartenregelung an vielen Stellen bandenmäßig umgangen wird.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass die Grünen in Regensburg Bargeld direkt an Asylbewerber ausgeben, was nicht im Einklang mit den Vorgaben der bayerischen Asylpolitik steht. Dies untergräbt die staatlich geregelte Bargeldbeschränkung und gefährdet die Akzeptanz des Systems.

Durch eine Rückkehr zu Sachleistungen wird sichergestellt, dass die Unterstützung zielgerichtet verwendet wird und der Zugang zu Bargeld wirksam eingeschränkt bleibt. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um eine einheitliche und gerechte Umsetzung der Asyl- und Sozialpolitik sicherzustellen und damit den Freistaat auch von der Bürokratie der Bezahlkarte zu entlasten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 13.11.2024 **Drucksache** 19/**3984**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw, Rene Dierkes, Florian Köhler, Ramona Storm** und **Fraktion (AfD)**
Drs. 19/**3948**

Grüne und Linksextremisten zerstören das Bezahlkarten-System – „Brot, Bett und Seife“ statt Bargeld!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Tobias Reiß
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Jörg Baumann
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Horst Arnold
Abg. Gülseren Demirel
Abg. Holger Dremel
Abg. Julian Preidl
Abg. Alexander Hold
Abg. Harald Meußgeier
Abg. Arif Taşdelen
Staatssekretär Sandro Kirchner

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw u. a. und Fraktion (AfD)
Grüne und Linksextremisten zerstören das Bezahlkarten-System - "Brot, Bett und Seife" statt Bargeld! (Drs. 19/3948)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Jörg Baumann das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Abgeordnete! Die Bezahlkarte ist gescheitert. Das Ziel der Bezahlkarte war – ich zitiere eine Seite der rot-grün-gelben Ex-Bundesregierung –:

> "[…] dass die dort zur Verfügung gestellte Summe nur im Inland ausgegeben werden kann. Dafür also, wozu die Leistungen gedacht sind: für das Leben der Geflüchteten hier. Gelder für Schlepper oder Überweisungen in das Herkunftsland zu nutzen, ist so nicht möglich."

So weit, so realitätsfremd. Jetzt verlassen wir den links-grünen Elfenbeinturm und schauen uns an, was wirklich passiert. Stellen Sie sich das bildlich vor: Vor dem Büro der GRÜNEN in Regensburg stehen täglich Hunderte Schwarzafrikaner Schlange. Innen hängt ein riesiges Bild des Abgeordneten Jürgen Mistol. Im Büro werden Asylbewerber aus der ganzen Welt beraten, wie sie die Gesetze der grünen Bundesregierung umgehen können.

Die Asylbewerber kaufen mit ihren Bezahlkarten im Einzelhandel Gutscheine, kommen in das Büro der GRÜNEN und tauschen sie gegen Bargeld ein. Voilà! Deutsche Gesetze werden von der Partei, die sie beschlossen hat, umgangen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Jörg Baumann (AfD): – Bitte am Schluss. – Mit diesem Geld wird die Verwandtschaft in der Heimat finanziert. Mit diesem Geld werden Schlepper finanziert. Mit diesem Geld werden Drogen finanziert. Das Ganze ist ein politisches Kuriositätenkabinett und erklärt die politische Landschaft sehr gut. Jürgen Mistol, dessen Bild im bandenmäßigen Wechselbüro der GRÜNEN hängt, ist Parlamentarischer Geschäftsführer der GRÜNEN im Landtag in Bayern. Er sitzt im Ältestenrat hier im Bayerischen Landtag. Jemand, der der systematischen, tausendfachen Umgehung von deutschen Gesetzen wohl seinen Segen gibt und vielleicht sogar daran mitarbeitet, hat in diesem Landtag nichts zu suchen.

(Beifall bei der AfD)

Ich empfehle Ihnen die Reportage "Bezahlkarten-Mafia: Wie linke Netzwerke Bargeld für Migranten beschaffen". Diese Dokumentation stammt von der "JUNGEN FREIHEIT", und darin wird der Fall Regensburg sehr gut dokumentiert.

Wir halten fest: Die GRÜNEN betreiben hier eine tausendfache Umgehung ihrer eigenen Gesetze. Diese GRÜNEN stellen hier einen Vizepräsidenten. Diese GRÜNEN stellen einen Schriftführer, und diese GRÜNEN sind im Parlamentarischen Kontrollgremium des Bayerischen Landtags. Das ist eine Schande für die Demokratie.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Was macht die Staatsregierung? Was machen Markus Söder und Hubert Aiwanger? Was macht die CSU? – Nichts; denn vielleicht möchte man ja irgendwann einmal auf Bundesebene mit den GRÜNEN koalieren.

Es gibt noch weitere Örtlichkeiten, bei denen täglich Hunderte Asylbewerber den Bezahlkartenbetrag gegen Bargeld tauschen können: in Regensburg im Linken Zentrum und beim Bund für Geistesfreiheit, in München beim Kreisbüro der Linkspartei, finanziert durch Steuergeld und Wahlkampfkostenrückerstattung. Das Münchner EineWelt-

Haus ist im Eigentum der Stadt München und wird zusätzlich durch das Kulturreferat bezuschusst. Auch hier findet ein Bargeldtausch für Asylbewerber statt.

Nun zu meinem absoluten Favoriten: das linksextreme Projekt Bellevue di Monaco, gefördert durch das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, führt auch den Bargeldtausch für Asylbewerber durch, um die Bezahlkarte zu umgehen. Herzlichen Glückwunsch!

(Zuruf von der AfD: Unfassbar!)

Im Klartext: Die Hardliner-CSU finanziert ein linksextremes Projekt, welches illegalen Migranten ermöglicht, an Bargeld zu kommen, und so das Ziel der Bezahlkarte torpediert. Wer CSU wählt, der wählt ein "Weiter so". Die Bezahlkarte ist gescheitert, ab jetzt die Sachleistungen Bett, Brot und Seife nicht nur ankündigen, sondern umsetzen!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Prof. Bausback, bitte.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Baumann, Sie sprechen hier vollmundig davon, dass das Bezahlkartensystem gescheitert sei. Haben Sie überhaupt eine Ahnung, wie viele Bezahlkarten im Moment in Bayern im Umlauf sind und wie viele Personen durch Sachleistungen unterhalten werden? Haben Sie eine ungefähre Vorstellung davon, wie viele Fälle des Bargeldtausches es gibt? – Das haben Sie offensichtlich nicht, sonst würden Sie nicht in einer solchen Art und Weise von einem Scheitern reden. Sie reden von etwas, worüber Sie keinen Überblick und von dem Sie keine Ahnung haben.

(Beifall bei der CSU)

Jörg Baumann (AfD): Ich finde das wirklich lustig, dass mir gerade die CSU diese Frage stellt, denn die Staatsregierung, bei der wir eine Anfrage gestellt haben, weiß es selber nicht.

(Heiterkeit bei der AfD)

Es ist Fakt. Der Abgeordnete Rene Dierkes hat eine Anfrage gestellt, ob das der Staatsregierung bekannt ist. Die Antwort war: Nein, wir wissen es nicht. – Ich empfehle aber auch Ihnen, sich die Dokumentation anzuschauen. Sie sehen wirklich Schlangen vor den Büros der GRÜNEN stehen, die hineingehen, um die Gutscheine zu tauschen, um dafür Bargeld zu bekommen. Deshalb bitte ich Sie, Herr Bausback, machen Sie erst einmal selber Ihre Hausaufgaben.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bezahlkarte in Bayern ist ein großer Erfolg, und Herr Baumann,

(Beifall bei der CSU)

es sind im Moment etwa 55.000 Bezahlkarten in Bayern im Einsatz. Ich weiß nicht, warum Sie diese Information nicht haben. Es sind etwa 10.000 Personen, die über die Anker-Zentren mit reinen Sachleistungen versorgt werden.Beides, die Bezahlkarte und die Sachleistungen der Anker-Zentren, führen dazu, dass der Sachleistungsgedanke in Bayern flächendeckend umgesetzt wird. Das ist ein großer Erfolg unseres Innenministeriums und insbesondere unseres Innen-Staatssekretärs Sandro Kirchner. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, zur Erinnerung: Bund und Länder haben sich vor mehr als einem Jahr auf ein Asyl- und Flüchtlingspaket geeinigt. Das Ziel war und ist es, die irreguläre Migration nach Deutschland einzudämmen und die Überlastung von Bund,

Ländern und Kommunen, die Überlastung unseres Landes, zu beenden. Eine der Maßnahmen ist die Einführung der Bezahlkarte.

Meine Damen und Herren, deshalb ist das in Bayern ein großer Erfolg: Wir sind das einzige Land der Bundesrepublik Deutschland, in dem dieses System in allen Städten und Landkreisen wirksam eingeführt ist. Im Übrigen haben wir seit Langem in den Anker-Zentren nicht die Bezahlkarte, sondern das unmittelbare Sachleistungsprinzip. Meine Damen und Herren, beides wirkt. Sowohl die Sachleistungen in den Anker-Zentren als auch die Bezahlkarte verhindern, dass illegale Schleusungen im Nachhinein bezahlt werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und diese Maßnahmen verhindern, dass zweckfremde Rücküberweisungen in die Heimatländer erfolgen. Beides war in diesem System bundesweit beabsichtigt. Bayern ist im Moment das einzige Land, in dem dies umgesetzt wurde.

(Martin Wagle (CSU): Hört, hört!)

In den Kommunen außerhalb der Anker-Zentren sind Sachleistungen in der Regel keine praktikable Alternative. Warum? – Weil hier die Ausgabe von Klopapier, Nahrungsmitteln, Zahnbürsten und Ähnlichem faktisch nicht möglich ist. Wir würden unsere Kommunen, unsere Gemeinden und Städte, überlasten, wenn wir an sie diese Anforderungen stellten.

Deshalb sind Sie auf dem Holzweg. Was Sie hier vorschlagen, ist keine pragmatische Lösung. Fragen Sie die Bürgermeister, die Landräte und die Oberbürgermeister in Bayern. Die Bezahlkarte ist der richtige Weg, um das Sachleistungsprinzip in Bayern zu verwirklichen. Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist der Antrag der AfD abzulehnen. Das ist Ideologie, aber keine lebensnahe und pragmatische Lösung. Dieser Antrag würde nur zu einer weiteren Be- und Überlastung unserer Kommunen führen.

Ideologie tritt hier an die Stelle von Verantwortung und Pragmatismus. Dieser Weg ist aus sachlichen Gründen nicht möglich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, die GRÜNEN in Regensburg, linksextreme Gruppierungen und sogenannte selbsternannte Flüchtlingshelfer versuchen an einigen Stellen in Bayern, das Bezahlkartensystem zu umgehen, indem sie einen Umtausch organisieren.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Woher wissen Sie denn das?)

Kolleginnen und Kollegen, das Bezahlkartensystem in Bayern ist ein Erfolg. Diese Umtauschaktionen können daran nichts ändern. Rufen wir uns noch einmal die Gesamtzahl in Erinnerung: 55.000 Bezahlkarten. Die Umtausche, die in München, Regensburg und an anderen Stellen stattfinden, sind im Hinblick auf die Gesamtzahl der Fälle eine marginale Zahl von Einzelfällen. Herr Kollege Mistol, ich möchte Sie als Regensburger persönlich ansprechen. Ich bin davon überzeugt, dass der demokratische Rechtsstaat von seiner Durchsetzung lebt. Die Bezahlkarte ist eine der Maßnahmen, die Bund und Länder durch ihre legitimierten demokratischen Vertreter gemeinsam vereinbart haben. Im Bundestag wurde das Asylbewerberleistungsgesetz extra angepasst, um die Bezahlkarte zu ermöglichen. Frau Kollegin Demirel, in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland sind Schritte unternommen worden, um ein Bezahlkartensystem einzuführen. Es ist zutiefst undemokratisch, wenn jetzt Teile der GRÜNEN und linke Gruppen dieses System unterlaufen und umgehen wollen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Das ist nicht demokratisch. Auch wenn es sich nur um einzelne Fälle handelt, stelle ich fest: Wenn das nicht aufhört, muss eine Sanktionierung mit einer empfindlichen Geldbuße oder Strafe folgen. Das ist am einfachsten über eine Ergänzung und Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes möglich. Die CSU wird sich als politische

Kraft nach der Wahl am 23. Februar 2025 im Bund dafür einsetzen und dies einfordern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der AfD – Katrin Ebner-Steiner (AfD): Nach der Wahl!)

Ich möchte denjenigen, die an diesen Umgehungsaktionen beteiligt sind bzw. diese unterstützen, etwas ins Stammbuch schreiben: Sie konterkarieren nicht nur den Willen der demokratisch legitimierten Mehrheit in diesem Land, Sie tragen mit diesem Verhalten auch zur Überlastung Ihrer Kommunen und zur Förderung irregulärer Migration bei, wenn auch mit wenig praktischem Erfolg.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das ist doch Quatsch!)

Sie tun das aus einer ideologischen Grundhaltung heraus, die das Konzept von Staaten und Grenzen und die ordnende Funktion von Grenzen verneint. Ich appelliere an alle, die sich an diesen Aktionen beteiligen: Hören Sie auf damit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU): Sehr gut!)

No Nations, no Borders – dieser Slogan ist eine Ideologie, die in die Anarchie und ins Chaos führt. Wir brauchen ordnende Grenzen, wir brauchen die Staaten in der internationalen Gemeinschaft. Sonst werden wir es nicht schaffen, Humanität und Ordnung in Deutschland und in der Europäischen Union zu verwirklichen.

Kolleginnen und Kollegen, in der politischen Diskussion in den letzten Jahren ist hier im Hause und überall in Deutschland sehr häufig von "Haltung" die Rede gewesen. Richtig ist, ohne Haltung verliert man sich und wird haltlos. Aber Haltung darf nicht isoliert stehen. Zur Haltung muss die Verantwortung kommen. Verantwortung heißt, dass man bei allem Tun das Ende bedenkt. Wer nicht aus der Haltung heraus Verantwortung entwickelt, der verliert sich in einer Gesinnungsethik und wird zur Gefahr und nicht zur Perspektive für seine Gesellschaft. Verantwortungsethik nach Max Weber ist

gefordert, aber nicht Gesinnungsethik, wenn es um die Migration geht, einem der Krisenpunkte unserer Zeit.

Aus der Haltung von Humanität und Ordnung heraus sind die Entscheidungen für eine Bezahlkarte und für die Begrenzung der irregulären Migration richtig, notwendig und verantwortungsvoll. Dafür stehen wir als CSU. Kolleginnen und Kollegen, die Bezahlkarte ist ein wichtiger Schritt auf diesem Wege, den wir weiter beschreiten werden. Weitere Schritte müssen folgen. Die Begrenzung der irregulären Migration muss auch durch Zurückweisungen an der Grenze erfolgen.

Wir müssen dieses Thema angehen; und wir gehen es an. Wir werden die Bezahlkarte in Bayern weiterhin erfolgreich einsetzen. Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, dass das System der Bezahlkarte bundesweit zum Einsatz kommt, weil es richtig ist, das Sachleistungsprinzip vernünftig und pragmatisch in unseren Kommunen umzusetzen. Außerhalb von zentralen Einrichtungen wie den Anker-Zentren funktioniert das über die Bezahlkarte.

Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen den Antrag der AfD ab und werden im Bund dafür streiten, dass die Umgehungsversuche, die zwar in der Praxis keine große Rolle spielen, die aber die Unterwanderung einer demokratisch legitimierten Entscheidung darstellen, entsprechend sanktioniert werden. Dafür steht die CSU. Wir werden das durchsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Bausback. Bitte bleiben Sie am Mikrofon. Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Ich erteile zunächst Herrn Abgeordneten Baumann, AfD-Fraktion, das Wort.

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Bausback, Sie haben mich ein paar Sachen gefragt. Wissbegierig sein ist immer gut; auch ich bin wissbegierig.

Sie haben am Anfang Ihrer Rede erzählt, dass die Bezahlkarte zu weniger Massenmigration führe. Wie viel Prozent weniger Migranten sind durch die Bezahlkarte zu uns gekommen? Können Sie das beziffern?

Dann würde ich gern noch etwas wissen. Sie sagten vorhin zu den GRÜNEN, diese unterwanderten demokratische Entscheidungen. Aber wie ich vorhin dargelegt habe, unterstützt auch die CSU – oder: das CSU-geführte Innenministerium – finanziell eine Institution, die diesen Bezahlkartenbetrug mitmacht. Wie stehen Sie dazu?

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Baumann, ich glaube, Sie haben am wenigsten das Recht, von einer "Unterwanderung demokratischer Strukturen" zu reden, wenn Sie in einem Videopost das Bundesverfassungsgericht als "Büttel der Altparteien" bezeichnen. Aber das nur nebenbei.

Wichtig ist die Feststellung, dass die Bezahlkarte eine von mehreren Maßnahmen eines Pakets ist. Die Maßnahmen in ihrer Gesamtheit werden wirken, wenn sie in Deutschland flächendeckend eingeführt sind.

Wir in Bayern haben als erstes Land dieses gemeinsam von Bund und Ländern beschlossene Instrument umgesetzt. Ich bin überzeugt davon, dass die Bezahlkarte eines von vielen Elementen ist, die in ihrer Gesamtheit dazu führen werden, dass die Migration zurückgeht. Wir sind insoweit noch nicht am Ziel, werden aber vorankommen, wenn wir mit dieser Maßnahme und mit Zurückweisungen an der Grenze im Rahmen dessen, was das Recht ermöglicht, weitermachen.

Insoweit habe ich Ihre Frage beantwortet.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Horst Arnold, SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Herr Kollege Bausback, ich nehme zur Kenntnis, dass in diesem Zusammenhang Haltung eingefordert worden ist. Sie haben hinzugefügt, dass diese auch entsprechende Verantwortung nach sich ziehen müsse. Ich stimme Ihnen insoweit voll zu.

Gleichwohl ist es so, dass die bayerische Bezahlkarte zumindest in zwei Fällen von einem bayerischen Sozialgericht, nämlich vom Sozialgericht Nürnberg, als rechtswidrig erkannt worden ist. Die Stadt Schwabach ist angewiesen worden, zumindest in diesen Einzelfällen die Bezahlkarte nicht einzusetzen.

Wenn Sie Haltung bewahren und Verantwortung zeigen wollen, dann nehmen Sie bitte dieses Urteil zur Kenntnis. Wir wollen gemeinsam daran arbeiten, die festgestellten Mängel auszuräumen. Behaupten Sie aber nicht, dass in diesem Zusammenhang in Bayern alles in Ordnung gehe, wenn bayerische Gerichte die angewandte Methode beanstandet haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, ich stelle fest: Wir haben in Bayern 55.000 Fälle des Einsatzes der Bezahlkarte. Uns liegen von einem Gericht zwei erstinstanzliche Urteile vor, die, wenn ich richtig informiert bin, noch nicht rechtskräftig sind.

Ich bin überzeugt davon, dass die Bezahlkarte so, wie sie in Bayern aufgesetzt ist, rechtmäßig ist, das heißt, der Rechtsordnung entspricht. Sie ist ein sinnvolles und wichtiges Mittel.

Im Übrigen, Herr Kollege: Wenn Sie Mängel sehen, die zu beheben sind, dann erwarte ich von Ihnen und der gesamten SPD entsprechende Vorschläge; denn Sie waren genauso wie andere politische Kräfte an der Entscheidung über den Asylkompromiss vor etwas mehr als einem Jahr beteiligt. Wenn Sie sich davon verabschieden wollen, dann werden Sie bei der nächsten Wahl am 23. Februar 2025 die Antwort der Bürger erhalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Bausback. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gülseren Demirel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrtes Präsidium! Prof. Bausback, ich muss kurz beschreiben, wie das Modell der Bezahlkarte zustande gekommen ist. Sie behaupten die ganze Zeit, der Bund habe es ja beschlossen. Der Bund hat den Rahmen festgelegt, indem er das Asylbewerberleistungsgesetz geändert und den Ländern die Möglichkeit eröffnet hat, eine Bezahlkarte einzuführen. Sie wissen ganz genau, dass wir diesen bayerischen Weg – –

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie wollen keine Bezahlkarte?)

– Lassen Sie mich doch ausreden!

Der bayerische Weg, den Sie dann gegangen sind – Sie haben willkürlich 50 Euro festgelegt – –

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wollen Sie eine Bezahlkarte oder nicht?)

– Jetzt bin ich mal dran!

Sie haben eine Begrenzung auf 50 Euro Bargeld vorgenommen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie beantworten die Frage also nicht?)

Zudem ist der Einsatz der Karte auf die Region beschränkt, die von der jeweiligen Postleitzahl umfasst ist. Die Menschen haben nicht die Möglichkeit, auf dem Flohmarkt gebrauchte Sachen für ihre Kinder zu kaufen oder in eine – –

(Zurufe der Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU) und Michael Hofmann (CSU))

– Das ist hier kein Tribunal. Ich habe jetzt das Rederecht.

Die Leute haben keine Möglichkeit, in einem Laden, der spezielle heimatliche Lebensmittel anbietet, einzukaufen. Sie haben keine Möglichkeit, ihren Kindern Kopiergeld mitzugeben. Das alles haben Sie zumindest erschwert. Sie haben aus der Bezahlkarte einen Murks gemacht. Das kritisieren wir. Deshalb unterstützen wir diese Karte auch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zu den Protesten draußen. Ja, es gibt Gruppen. Auch GRÜNE sind dabei; die GRÜNEN sind Teil der Zivilgesellschaft. Wir kritisieren diese Karte wie auch die willkürliche Begrenzung auf 50 Euro Bargeld. Wir leben in einer freien Gesellschaft. In dieser Gesellschaft haben jeder Bürger und jede Bürgerin das Recht, ihrem Protest Ausdruck zu verleihen, solange sie keine Gesetze übertreten. Den Tausch von Gutscheinen gegen Bargeld hat sogar das Justizministerium geprüft. Es ist kein Gesetzesverstoß festzustellen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Noch nicht!)

– Was für ein Demokratieverständnis haben Sie denn, wenn Sie mir sagen "noch nicht"? Ist Ihre einzige Motivation dafür, Teil der Bundesregierung zu sein, diese Einzelfälle zu bestrafen? Das ist ja jämmerlich, Prof. Bausback. Bitte hören Sie damit auf!

Jetzt macht die AfD ein Politikum daraus und trägt es in den Landtag. Dass diese Fraktion jede Möglichkeit sucht, gegen Geflüchtete zu reden, ist nichts Neues; der Duktus ist bekannt.

(Zuruf von der AfD)

Sie von der AfD sind in dieser Hinsicht aber nicht meine Adressaten. Ich spreche vielmehr Sie von der CSU an: Hätten Sie eine vernünftige Kartenlösung eingeführt, dann hätte man darüber reden können. In Hannover ist eine solche Lösung gefunden wor-

den. Dort ist es den Menschen möglich, mit der Karte die Grundbedürfnisse zu befriedigen. Sie können auf dem Flohmarkt und in einem Secondhand-Laden einkaufen.

(Michael Hofmann (CSU): Das können Sie hier auch!)

Sie können in einem Lebensmittelladen, der außerhalb ihres Postleitzahlbereichs liegt, einkaufen.

Sichern Sie Ihre Kartenlösung auch juristisch ab! Die Entscheidungen des Nürnberger Sozialgerichts sind bereits angesprochen worden. Die Entscheidung ist im Eilverfahren ergangen; es stimmt nicht, dass es noch kein Urteil gebe. Das Gericht hat im Eilverfahren in zwei Fällen den Klägern recht gegeben. Wir warten das Hauptsacheverfahren ab.

Daher fordere ich Sie auf: Machen Sie Ihre Hausaufgaben! Machen Sie Ihre Karte rechtssicher, damit die Menschen, das heißt die Betroffenen, in ihrem Leben, insbesondere in der Wahrnehmung ihrer Grundbedürfnisse, nicht eingeschränkt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. – Frau Demirel, vielleicht kommen Sie noch einmal an das Mikrofon; vielen Dank. – Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Holger Dremel, CSU-Fraktion.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin, wenn ich Sie so höre, dann muss ich mich fragen, ob ich ein verzerrtes Bild von der Wirklichkeit habe. Die Asylbewerber bekommen bei uns wirklich jegliche Unterstützung. Sie haben hier behauptet, sie könnten Kleidung nicht kaufen.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ja.

Holger Dremel (CSU): Das stimmt nicht; die bekommen sie. Ich betreibe als BRK-Kreisvorsitzender in einer Anker-Einrichtung eine Kleiderkammer. Dort ist alles vorhan-

den, dort bekommen sie alles. Jetzt das Bild vom Armen, der erfriert, zu zeichnen, finde ich bodenlos. Das muss ich ehrlich sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

– Es ist ja schön, dass Sie grinsen. – Was ich auch bodenlos finde, ist, dass Sie in Regensburg eine Entscheidung, die, wie Kollege Bausback es gesagt hat, demokratisch getroffen worden ist, unterwandern. Über die Bezahlkarte ist demokratisch abgestimmt worden, und Sie unterwandern diese Entscheidung mit Ihren GRÜNEN vor Ort in Regensburg. Das ist bodenlos und dient meiner Meinung nach nicht der Förderung der Demokratie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Kollege, zuhören hilft manchmal wirklich. Ich habe gesagt, dass mit der willkürlichen Begrenzung auf 50 Euro Bargeld im Monat die Betroffenen keine Möglichkeit haben, auf dem Flohmarkt oder in Secondhand-Läden Einkäufe zu tätigen.Sie wissen ganz genau: Das Sozialgesetzbuch berechnet das Existenzminimum nach Möglichkeiten, wo man am preisgünstigsten einkaufen kann. Danach berechnet sich das Existenzminimum laut Sozialgesetzbuch.

Wovon ich geredet habe, ist, dass Sie diesen Menschen die Chance genommen haben, auch das nutzen zu können und zu dürfen.

(Michael Hofmann (CSU): Ach, so ein Quatsch!)

Daher verstehe ich jetzt Ihr Beispiel mit der Kleiderkammer nicht, denn die kostet ja nichts.

(Petra Guttenberger (CSU): Die kostet auch etwas! – Michael Hofmann (CSU): Sie beweisen Ihre vollkommene Unkenntnis!)

Die ist ja in den Anker-Einrichtungen vor Ort vorhanden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Julian Preidl, FREIE WÄHLER.

Julian Preidl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, die Argumentation ist ja dann doch ziemlich dünn; denn Sie haben vorhin in Ihrer Rede schon gesagt, dass man wegen der Bezahlkarte nirgendwo einkaufen kann. Jetzt haben Sie es eigentlich selber schon beantwortet: Man kann jeden Monat auch Bargeld abheben und damit eben beispielsweise schon auf dem Flohmarkt einkaufen oder mit Bargeld einkaufen.

Erklären Sie also noch mal Ihre Argumentation, wie Sie das meinen. Denn genau das, was Sie kritisieren, ist ja möglich. Sie haben sich da selber widersprochen.

(Widerspruch des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Gülseren Demirel (GRÜNE): Monatlich Anspruch auf 50 Euro Bargeld heißt für Sie also: Man kann jederzeit Bargeld abheben. 50 Euro: Wenn man Kinder hat, weiß man, was das bedeuten kann, wie viel Bargeld ich zur Verfügung haben muss. Wir leben in einem Land, in dem leider nicht überall mit Karte bezahlt werden kann. Das muss man auch dazu sagen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Zu Regensburg ein letzter Satz: Erstens brauchen Sie mich gar nicht persönlich anzusprechen. Ich stehe nicht in Regensburg und tausche Bargeld und Gutscheine aus. Das sind einzelne GRÜNE, die dort mit in dem Bündnis sind. Ich sage nur: Ich wehre mich, diese Menschen zu verurteilen, weil sie ein demokratisches Instrument nutzen. Das ist meine Haltung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Demirel. – Nächster Redner ist Herr Kollege Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich halte es ehrlich gesagt für völlig unnötig, sich hier aufgrund eines durchsichtigen Antrags der AfD-Fraktion – schon in der Überschrift, in der es heißt: "Grüne und Linksextremisten zerstören das Bezahlkarten-System" – überhaupt in die Haare zu geraten. Das halte ich wirklich für unnötig.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das bayerische Bezahlsystem per Karte funktioniert. Punktum. Aus. Dieser Antrag gaukelt einerseits ein Ausmaß an Missständen vor, das so gar nicht real ist, und andererseits gaukelt er auch vor, dass es rechtliche Möglichkeiten gäbe, daran etwas zu ändern, was auch nicht wirklich real und auch nicht sinnvoll ist.

Soweit tatsächlich und rechtlich möglich und sinnvoll, bekommen Asylbewerber in Bayern Sachleistungen. Punkt. Sie bekommen Sachleistungen. Das, was letzten Endes auf die Karte gebucht wird, ist im Grunde ein echtes Taschengeld. Alles andere bekommen Sie eben schon als Sachleistungen. Das funktioniert so auch. Das Bezahlkartensystem erfüllt seinen Zweck. Das zur Verfügung gestellte Bargeld wird auf das rechtlich notwendige Minimum beschränkt, und durch Restriktionen wie den grundsätzlichen Ausschluss von Online-Handel und Überweisungsfunktionen wird letzten Endes auch eine Zweckentfremdung verhindert.

Ein vollständiger Verzicht auf Bargeld ist verfassungsrechtlich nicht möglich. Das ist das, was die AfD uns weismachen will. Das ist blanker Unsinn. Dieses rechtlich gebotene Minimum ist natürlich letzten Endes zu gewähren. Das ist gar keine Frage, und es gibt auch tatsächlich Geschäfte wie Kioske, Wochenmärkte und ähnliche Dinge, für die man einfach ein bisschen Bargeld in der Tasche braucht. Aber nur ein bisschen Bargeld. Es gibt auch viele Deutsche, die kaum noch mit Bargeld bezahlen. Die schaffen das ja auch. Dazu kommt: Die Dinge des täglichen Lebens bekommt der Asylbewerber ja schon als Sachleistung. Das heißt, das ist ein echtes Taschengeld, mit dem er letzten Endes machen kann, was er will.

Ändern oder gar sanktionieren könnte das Ganze nur der Bundesgesetzgeber. Das hat der Kollege Bausback hier schon richtig benannt.

Unterm Strich muss man ganz ehrlich sagen: Diese Missbrauchsfälle haben doch bei 20 Millionen Euro, die wir jeden Monat auf die Karten buchen, auf 55.000 Karten, keine wirkliche Relevanz. Mag ja sein, dass es Missbrauch gibt. Aber für mich ist dieser Missbrauch dann eher ein plakativer Protest gegen das System an sich.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Das ist ein Protest gegen das System, das allerdings auch die GRÜNEN in der Ampel-Regierung mitbeschlossen haben, das auch die SPD mitbeschlossen hat. 50 Euro sind ja nicht willkürlich, sondern genau das gibt das Gesetz letzten Endes her.

Übrigens heißt auch die Bevölkerung dieses System gut. Aus meiner Sicht gibt es daran auch nichts zu bemängeln. Das Prinzip "Bezahlkarte vor Bargeld" ist richtig, und wir machen es in Bayern auch richtig. Punkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Meußgeier, AfD-Fraktion.

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrter Kollege Richter Hold, es wurde ja gesagt, dass wir 55.000 Bezahlkarten im Umlauf haben. Laut Ihrer Rede haben Sie im Endeffekt geäußert, dass 55.000 Bezahlkarten im Umlauf sind, und der Rest müsste dann, laut Ihrer Rede, Brot und Sachleistungen bekommen. Ist das richtig? Sehe ich das richtig, oder ist das von Ihnen falsch geäußert worden?

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Ich habe Ihre Frage weder akustisch noch inhaltlich ganz verstanden.

Harald Meußgeier (AfD): Sie haben gesagt, dass 55.000 Bezahlkarten im Umlauf sind. Das wurde ja vom Herrn Professor auch bestätigt. Der Rest würde dann hier in Bayern im Endeffekt Sachleistungen bekommen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Habe ich das richtig verstanden?

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Nicht der Rest, sondern alle Asylbewerber bekommen zuvorderst Sachleistungen. Sie bekommen Unterkunft usw. Sie haben Zugang zur Kleiderkammer, zu Essen usw. Nur für den Rest bekommen sie die Bezahlkarte; für Dinge, die nicht sinnvollerweise über Sachleistungen abgewickelt werden können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hold. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Arif Taşdelen das Wort.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, das Thema taugt tatsächlich nicht dazu, dass wir demokratische Fraktionen uns hier streiten. Vielmehr sollten wir, nachdem das Sozialgericht Nürnberg in zwei Fällen die Bezahlkarte für rechtswidrig erklärt hat, vielleicht darüber diskutieren – das hat Kollege Horst Arnold ja auch angesprochen –, ob wir die Bezahlkarte, so wie sie in Bayern umgesetzt ist, nicht ändern sollten. Wir sollten nicht Initiativen beschimpfen, wenn sie quasi auf legale Art und Weise den Asylbewerbern helfen.

Aber das ist ja heute nicht das Thema. Das Thema sind die Tauschgeschäfte. Ich denke, dass Tauschgeschäfte, legale Tauschgeschäfte, eine lange Tradition haben, auch eine lange christliche Tradition haben. Wir sind jetzt in der Vorweihnachtszeit. Wir wollen ja auch, dass Asylbewerber in Bayern auch die christliche Kultur kennenlernen. Dazu gehört auch, dass man auf einen Christkindlmarkt, auf einen Weihnachtsmarkt geht und dort einen Glühwein trinkt oder die Kinder einen Kinderpunsch trinken.

Nachdem das ja nach Einführung der Bezahlkarte das erste Weihnachtsfest sein wird, würde ich folgenden Vorschlag machen.

(Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Für 50 Euro bekomme ich aber einige Glühweine!)

– Ja, wenn man die 50 Euro nur für Glühwein ausgeben will. Aber man hat ja auch andere Verpflichtungen. Kollegin Demirel hat es ja angesprochen. Ich glaube, mit 50 Euro kommt man nicht sehr weit. Deswegen würde ich sagen, dass wir dazu beitragen sollten, dass Asylbewerber auch die bayerische Kultur kennenlernen, auf den Christkindlmarkt, auf den Weihnachtsmarkt gehen und dort einen Kinderpunsch oder Glühwein trinken. Vielleicht können sich die Initiativen draußen Gedanken darüber machen, wie wir das auf legale Art und Weise ermöglichen, dass diese Menschen an der bayerischen Kultur auch teilhaben können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen. – Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatssekretär Sandro Kirchner zu Wort gemeldet.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die Diskussion bislang sehr aufmerksam verfolgt und bin jetzt tatsächlich ein bisschen irritiert über die Wortbeiträge, über die Geschichten, die über die Bezahlkarte erzählt werden, und darüber, wie man versucht, Leute auf eine falsche Spur zu bringen.

Eigentlich hatte ich gedacht, dass ich auf den Dringlichkeitsantrag der AfD eingehe, über den ja gar nicht gesprochen worden ist, auf die Inhalte, die dort gefordert werden.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das ist auch gut so!)

Aber tatsächlich haben Sie da auch als GRÜNE und als SPD ein paar Nebelkerzen in die Welt gebracht, die ich schon einfangen muss.

Natürlich gibt es vom Sozialgericht Nürnberg Feststellungen, die sich aber nicht gegen die Bezahlkarte, sondern gegen fehlerhafte Bescheide, die dort ausgestellt worden sind, richten. Das ist eingeräumt und ausgeräumt. Umgekehrt gibt es tatsächlich Entscheidungen von den Sozialgerichten in München und Bayreuth, die die Rechtmäßigkeit der Bezahlkarte zumindest in der jetzigen Situation abbilden und darstellen. Wenn man es also anspricht, dann bitte ehrlich, und nicht versuchen, den Leuten in Bezug auf die Bezahlkarte einen falschen Eindruck zu vermitteln.

Frau Demirel, bei Ihnen weiß ich nicht: Sie haben an das Innenministerium schon sehr viele Anfragen zur Bezahlkarte gestellt und müssten wissen, wie die Bezahlkarte funktioniert. Sie stellen sich aber hierher und erzählen den Leuten irgendetwas vom Pferd.

Natürlich ist die Bezahlkarte auf 50 Euro Bargeld beschränkt. Zur Ehrlichkeit gehört aber dazu: Wenn die Familie Kinder hat, dann hat jedes Familienmitglied den Anspruch, 50 Euro Bargeld abzuheben. In Summe sind es dann mehr als 50 Euro.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Nebenbei bemerkt: Sie tun hier so, als wäre die bayerische Bezahlkarte etwas Singuläres. – Klar, sie ist einmalig, weil wir bereits im November begonnen haben, seit März am Start sind und die Karte in ganz Bayern flächendeckend einsetzen, während der Bund sehr, sehr lange gebraucht hat, um eine Bezahlkarte zu verabschieden.

Man war sich auf der Ministerpräsidentenkonferenz über alle Parteien hinweg – auch bei allen Regierungen, an denen die GRÜNEN und die SPD beteiligt waren – erst einmal sehr einig, dass man die Bezahlkarte einführen möchte. Es waren dann die GRÜNEN, die es auf der Bundesebene wieder blockiert haben und lang diskutiert haben. Sie haben dazu beigetragen, dass man auf Bundesebene immer noch keine Bezahlkarte hat.

Wenn ich die Presselandschaft richtig verfolgt habe, dann ist es das Land Niedersachsen mit einer Regierung aus SPD und GRÜNEN, das sich jetzt ganz stolz auf die Schulter geklopft hat, dass es die Bezahlkarte einführt. Im Übrigen wird die Bezahlkarte nach dem bayerischen Vorbild eingeführt. Über alle Bundesländer hinweg hat man sich auf die 50 Euro Bargeld comitted und eingelassen. Also auch der SPD-Ministerpräsident und die GRÜNEN-Regierungsmitglieder in Niedersachsen tragen sehr wohl die Auffassung mit, dass man eine Verfügbarkeit von 50 Euro Bargeld – und nicht mehr – haben möchte. Also, auf den Schauplatz bitte kein falsches Licht lenken.

Ich wollte mich aber eigentlich nicht mit Ihnen auseinandersetzen, weil es ja nicht Ihr Antrag ist. Viel schlimmer ist die Absicht, die mit dem Antrag verbunden ist. Deswegen zu Beginn: Herr Baumann, ich werde mir das Protokoll Ihrer Rede genau anschauen. Sie haben sich hierhergestellt – und das Ganze bei einer Zwischenbemerkung in Richtung des Kollegen Bausback wiederholt – und behauptet, der Freistaat Bayern fördere den Missbrauch der Bezahlkarte.

Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen. Richtig ist, dass der Freistaat Bayern fördert. Die Stadt München bekommt Geld, um Integrationslotsen zu beauftragen, Integrationsarbeit zu leisten. Richtig ist, dass die Stadt München dieses Geld an Bellevue di Monaco weitergeleitet hat, damit das Geld dort zur Verfügung steht. Die Integrationsleistungen, die dort erbracht werden, stehen aber in keinem Zusammenhang mit dem "Betrug". Die Personen, die die Beratungen für Integrationsleistungen machen, sind eben nicht dabei. – Insofern ist Ihre Behauptung, dass dort Missbrauch von bayerischen Fördergeldern geschieht, falsch. Wir haben das auch überprüft. Wenn es so gewesen wäre, dann hätten wir diesen Missbrauch bzw. diese Situation durch das Einbehalten der Förderung unterbunden.

Auch Sie würde ich bitten: Wenn Sie so etwas in die Welt setzen – entweder belastbar oder, wenn Fake News, dann weglassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was mich aber viel mehr irritiert: Sie haben in der Begründung Ihres Dringlichkeitsantrags geschrieben, dass Sie Sachleistungen wollen. Sie haben sich in keiner Weise geäußert, wie Sie sich die Sachleistungen vorstellen.

Beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt haben wir über Ihren Gesetzentwurf gesprochen. Herr Graupner, der jetzt leider nicht mehr anwesend ist, hat sich da als der Don Quichotte für die Kommunen dargestellt. – Ich muss schon sagen, daraus würde, wenn man Ihrem Antrag Folge leistete, am Ende des Tages eher der Ritter der traurigen Gestalt, weil die Kommunen, die mit der momentanen Migrationspolitik überlastet sind, mit Ihrem Vorschlag überlastet und an die Wand gefahren würden.

Haben Sie sich schon einmal vor Augen geführt, was es bedeuten würde, Sachleistungen in der Breite einzuführen? Man würde dort Bürokratie ohne Ende verursachen. Man würde Ausgaben in die Höhe treiben. Man würde den Beschaffungsaufwand explodieren lassen. Man würde sich mit banalen Fragen auseinandersetzen müssen, wie Kommunen eine Kühlkette absichern könnten, wie man verderbliche Lebensmittel in gutem Zustand erhalten könnte usw.

Sie müssen sich vor Augen führen, dass das ganze System teuer gemacht würde, wenn Sie Sachleistungen in den Vordergrund stellen: Beschaffung, Logistik, Lieferketten. Wenn Sie so etwas fordern, dann blenden Sie natürlich aus, dass es in einem Rechtsstaat wie Deutschland nach wie vor Gesetze gibt, an die man sich im Sinne von Recht und Ordnung halten muss. Deswegen ist es in vielen Bereichen gar nicht zulässig, Sachleistungen auszugeben.

Vielleicht zur Nachfrage, die Sie an Herrn Bausback gestellt haben, wo Sie etwas nicht richtig verstanden haben: Tatsächlich teilt der Freistaat Bayern dort, wo es zulässig ist, die Leistungen schon als Sachleistungen aus. Da geht es um Themen wie Unterkunft, Strom, Heizung und die Verpflegung im Anker-Zentrum. Auch die Bezahlkarte ist im Weiteren nichts anderes als eine Sachleistung, nur dass sie den Charme hat, diese Dinge smart zu regeln und die Kommunen zu entlasten.

Wir haben die Bezahlkarte jetzt schon einige Tage im Einsatz. Ich kriege von den Kommunen zurückgemeldet: Ja, am Anfang war es eine Umstellung, ich musste die Karte organisieren und ausgeben. Aber mittlerweile stellen wir Monat für Monat fest, dass es eine deutliche Erleichterung für die Kommunen ist, die Dinge entsprechend abzubilden.

Sie sprechen von Missbrauch. Herr Huber, Sie haben reingerufen, man müsse das doch ansprechen. Ich bin da voll bei Ihnen. Das muss angesprochen werden. Herr Bausback hat das heute in einer sehr deutlichen Sprache gemacht, viel besser als der Herr Baumann, weil der Herr Baumann eine andere Absicht hatte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will Ihnen zurufen: Was den Missbrauch betrifft, haben Sie eine alte Idee aufgegriffen. Essenspakete und andere Dinge gab es schon in der Vergangenheit. Recherchieren Sie mal und gucken Sie sich das an. Ihre alte Idee war erfolglos. Es gab auch damals schon Missbrauch in der Form, dass man Flohmärkte organisiert hat und Menschen auf den Flohmärkten Nahrungsmittel oder sonst was gekauft haben. Natürlich ist nicht ausgeschlossen, dass ein ausgegebenes Ticket an anderer Stelle weiterverkauft wird. Das sind an dieser Stelle eben die Umstände.

Herr Hold, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie in einer Seriosität, die Ihnen eigen ist, heute am Rednerpult deutlich gemacht haben: Die Bezahlkarte in Bayern funktioniert. Sie erfüllt das, was wir uns vorgenommen haben. Auf der einen Seite wollen wir natürlich eine Erleichterung haben und in erster Linie die Verfügbarkeit von Bargeld reduzieren. Wir wollen auch weitere Dinge wie Transfer ins Ausland usw. unterbinden.

Auf der anderen Seite ist klar, dass wir diese Tauschbörsen ablehnen. Genau durch solche Aktionen wird ein großer Wille in der Bevölkerung und ein großer politischer Konsens, Bargeld zu unterbinden und Migrationspolitik zu verändern, konterkariert. Damit wird ein Stück weit zum Ausdruck gebracht, dass man sich in der Gesellschaft nicht einbinden lassen möchte, sondern dass man an der Stelle gesellschaftliches Zu-

sammenleben und politischen Konsens konterkariert und Dinge maximal in Abrede stellt. Deswegen muss man sich damit auseinandersetzen. Ich bin auch ganz dankbar, dass der Kollege Bausback schon angekündigt hat, wie die rechtlichen Dinge nachgezogen werden können, wenn der Bund vielleicht neue Rahmenbedingungen bietet.

Klar ist: Flächendeckend sind in 96 Städten und Landkreisen 55.000 Bezahlkarten im Umlauf und erfolgreich in Einsatz gebracht. Über 20 Millionen Euro – das ist die Dimension, die dahintersteht – werden Monat für Monat mit der Bezahlkarte gemanagt und umgesetzt. Herr Hold, Sie haben es gesagt: Deswegen ist es in der Tat so, dass man die Tauschaktionen – so ärgerlich sie sind – von der Dimension her im Verhältnis als eher untergeordnet betrachten kann.

Liebe AfD, insofern würde ich schon noch einmal sagen: Wenn man solche Anträge stellt, dann sollte man sie auch inhaltlich vertreten und darstellen. Sie haben aufgezeigt, dass Sie zwar mit einfachen Überschriften versuchen, die Menschen in die Irre zu führen. Wenn es aber um die Lösung geht, dann geht das in eine ganz falsche Richtung. Ihre Umstellung auf Sachleistungen würde Chaos und eine Überlastung der Kommunen bedeuten. Die Kommunen würden die rote Fahne heben, weil sie, wenn sie der AfD-Politik Folge leisten müssten, keine Chance mehr hätten. – In diesem Sinne wollen wir diesen Antrag natürlich ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung vom Herrn Abgeordneten Baumann, AfD-Fraktion.

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Herr Kirchner, ich habe gerade die Webseite von Bellevue di Monaco offen. Dort ist deutlich zu sehen: "Gefördert durch Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration".

Ich habe nie behauptet, dass sich die Staatsregierung an irgendwelchen Tauschgeschäften beteiligt, sondern ich habe klipp und klar gesagt, dass dort solche stattfinden

und dass Bellevue di Monaco durch das Innenministerium gefördert wird.Das ist meine Aussage, und das möchte ich hier auch noch einmal so betonen.

Sie haben jetzt allerdings gerade eben behauptet: Die Bezahlkarte funktioniert. – Wir haben das angefragt und als Antwort bekommen: Es werden im Zusammenhang mit dem Tausch keine auswertbaren Daten erhoben. Weder die bayerische Strafverfolgungsstatistik noch die Justizgeschäftsstatistik noch die Fachstatistiken im Sozialbereich treffen Aussagen darüber, ob Flüchtlinge einen Sozialleistungsmissbrauch begangen haben und welche Sanktionen hierfür ausgesprochen wurden. Das heißt, es gibt überhaupt keinen Beleg; aber Sie sagen, dass die Bezahlkarte funktioniert, obwohl keine Daten erhoben werden. Wie kommen Sie dann darauf, dass es funktioniert?

(Beifall bei der AfD)

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Ich würde Ihnen an der Stelle jetzt genau die Antwort geben, die ich vielen Menschen in Bayern gebe, wenn sie über die AfD sprechen. Informationen sollte man ganz klar verifizieren und dann auch entsprechend darauf achtgeben, dass man sich nicht Dinge, die man selber nicht belasten kann, aneignet und weitergibt. Sie zitieren jetzt irgendetwas von Monaco, von Bellevue di Monaco.

(Ferdinand Mang (AfD): Von der Staatsregierung! – Unruhe bei der AfD)

– Luft anhalten und zuhören würde an der Stelle helfen. Wir sind jetzt an der Stelle noch bei Punkt eins; zum zweiten komme ich noch.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt haben Sie mir aber die Zeit geklaut. Sie zitieren da gerade etwas, dass der Freistaat Bayern das fördert. Ich habe Ihnen gerade in meiner Rede – wenn Sie zugehört haben, wissen Sie das – gesagt, dass der Freistaat Bayern die Stadt München fördert

und die Stadt München diese Leistungen an diese Einrichtung abgegeben hat. Damit ist eben Tatsache, dass wir die Stadt München fördern und nicht diese Einrichtung.

Das Zweite ist: Wir haben verifiziert, dass die Aussagen, die Mitarbeiter, an die diese Förderung delegiert worden ist, wären in diese Tauschaktionen verwickelt – Sie haben uns vorgeworfen, wir fördern die illegalen Tauschaktionen – an der Stelle nicht belastbar sind. Damit besteht auch kein Anlass, dagegen zu intervenieren. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei ist – das ist ganz klar –: Ich habe Ihre Anfrage leider akustisch nicht verstanden, weil Sie so undeutlich in das Mikrofon hineingesprochen haben; aber natürlich sieht man schon, dass die Bezahlkarte Akzeptanz findet. Wir haben natürlich auch Leistungsbehörden, bei denen der Leistungsempfänger in jedem Monat einmal vor Ort sein muss oder vorstellig wird, wenn es Komplikationen gibt. Wir haben auch die Geschäfte in Bayern, die die Bezahlkarte akzeptieren und annehmen. Alleine aus diesem Aspekt heraus kann man sehr wohl deutlich sagen, dass die Bezahlkarte an der Stelle funktioniert und auch akzeptiert wird.

Das Nächste ist: Ich spreche von 20 Millionen Euro Umsatz. Das ist natürlich der Traffic, den man da zieht. Wenn das Monat für Monat funktioniert, ist das für mich auch ein Indiz dafür, dass man sich hierherstellen und sagen kann: Die Bezahlkarte funktioniert. – Umgekehrt müssten Sie sich hinstellen und müssten sagen: Die Bezahlkarte funktioniert nicht, weil – – Das können Sie nicht machen, weil sie eben funktioniert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 19/3948 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion.

Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich gebe nun die Ergebnisse der vorher durchgeführten Wahlen eines Vizepräsidenten des Bayerisches Landtags sowie eines Schriftführers des Bayerisches Landtags bekannt und komme zunächst zur Wahl eines Vizepräsidenten. Das ist Tagesordnungspunkt 3. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 163 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war eine Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Martin Böhm entfielen 27 Ja-Stimmen und 132 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Damit hat der Abgeordnete Martin Böhm nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.

Nun gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – das ist Tagesordnungspunkt 4 – bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 165 Abgeordnete teilgenommen. Alle Stimmen waren gültig. Auf Herrn Abgeordneten Oskar Lipp entfielen 29 Ja-Stimmen und 135 Nein-Stimmen. Ein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Damit hat der Abgeordnete Oskar Lipp nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.